

Medien können gefährlich wie Atomkraftwerke sein

VON KARL NEWOLE

Am Beispiel des nackten Bundeskanzlers: Es geht nur mit Mißbrauchs-Bekämpfung.



Der Autor ist Anwalt und war drei Jahre Sekretär und Pressereferent im Innenministerium.

Der Bundeskanzler hat „profil“ wegen des allorts bekannten Titelbildes geklagt. Auch Politiker haben ein Recht auf unantastbare Privat- und Intimsphäre. Sie müssen sich zwar mehr als Privatpersonen, aber nicht alles gefallen lassen. Dabei wird in Fachkreisen über die Lockerung des Urheberrechtsgesetzes diskutiert, in dem die einschlägigen Schutznormen stehen. Das Titelbild, das m. E. ohne sachlichen Grund lediglich dazu diente, einen 08/15-Artikel aufzumotzen, war ein kräftiges Plädoyer, diese Bestimmungen zu belassen wie sie sind – wenn nicht zu verschärfen.

Wie weit soll denn das Niveau noch sinken, wenn sich schon „Qualitätsmedien“ zunehmend eines „täglich nichts“-Stils bedienen? Vranitzkys Vorgehen hat daher auch allgemeine Präventivfunktion. Die Titelbilddiskussion gibt auch zu grundsätzlichen Überlegungen Anlaß: Medien sollten nach dem ur-

hen auf der Tagesordnung. Dazu gibt es ein Kartellgesetz, dem sie entkommen sind, einen geschützten staatlichen Rundfunk, der so abhängig ist wie die Post (und wie diese öffentlich-rechtliche Gebühren kassiert), ein Mediengesetz, das man auch als „Medienprivilegiengesetz“ bezeichnen könnten, und zivilrechtliche Haftungstatbestände, die systemimmanent (etwa durch das Redaktionsgeheimnis) nicht selten ihre Wirkung verfehlen.

sprünglichen Verständnis und dem Sinn des Wortes Mittler sein. Dem ist aber schon lange nicht mehr so. Sie *machen* vielmehr selbst ganz bewußt eigenständige Politik, so weit, daß die „eigentliche“ Politik im Gegensatz dazu oft hilflos aussieht. Die „Mittler“ sind für oder gegen Atomkraftwerke, für oder gegen einen Minister, für oder gegen Staatsanwalt Mekis, für oder gegen die Europäische Union. Und vor Nationalratswahlen geben Gespenster aus dem alten Rom (Cato) auch noch ungeübert Wählerdirektiven aus.

Dies zeigt: Medien spielen heute eine Doppelrolle. Sie sind selbst (undeckelte) politische Akteure – und Richter über ihre Mitkonkurrenten. Einer demokratischen Kontrolle, einer moralisch bedingten Zurückhaltung unterliegen sie nicht.

Sie leben hauptsächlich von Skandalen oder von dem, was sie dazu machen. Eine große Zahl ihrer Mitarbeiter ist darüber hinaus ebenso unausgebildet wie ungebildet, da es keine Zugangskriterien zu erfüllen gilt. Dennoch sind sie in der Lage, in den höchsten Sphären der Politik, Kultur und Wirtschaft mitzumischen und deren Exponenten nicht selten „zu jagen wie die Hasen“.

Sie nehmen immer mehr Staatsfunktionen wahr: In Talkshows werden Personen freigesprochen, die von Gerichten in allen Instanzen verurteilt wurden – und vice versa, ohne Chance auf Verteidigung. Rufmord, Medienjustiz, Vorverurteilung und Nachfreispruch ste-

Das einzig sichtbare Korrektiv ist, daß immer weniger Leute Medienberichten glauben. Daraus folgt: Die „vierte Gewalt“ ist gefährlich. So wie Autos, Atomkraftwerke, E-Anlagen, Rohrleitungen. Für alle diese Bereiche sehen die Gesetze „Gefährdungshaftungen“ vor. Die Gesellschaft toleriert diese Einrichtungen, obwohl bekannt ist, daß sie gefährlich sind. Wer damit Schaden verursacht, haftet auch ohne Verschulden.

Da unsere Medienwelt keine Selbstkorrektive hat und man eher fürchten muß, daß sie immer zügel- und skrupelloser wird, sich aber eine Beschneidung ihrer Position aus demokratiepolitischen Erwägungen weitgehend verbietet, besteht wohl die einzige Möglichkeit darin, jene, die diese Macht mißbrauchen, uneingeschränkt dafür büßen zu lassen.

Wenn Medien jemanden einen Erpresser oder Bankrotteur nennen, der keiner ist, einen Politiker einen krummen Hund heißen (oder grundlos nackt ausziehen), über eine Firma in ruinöser Weise berichten – dann gilt nur eines: Man muß die Übeltäter zur Ader lassen, bis ihnen Schreiben, Photographieren und Senden vergeht.

Wie wäre es mit einem kräftigen verschuldensunabhängigen Sockelstrafbetrag, multipliziert je mit der Verbreitungszahl, womit das „Quotennuttentum“ endlich Sinn bekäme? Gewinner wären seriöse Medien und seriöse Journalisten, die es im Rahmen des Artenschutzabkommens auch geben soll.